

Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Einzelpreis 10 Pfennig

In ganz Halle
die einzige
Sonntags erscheinende Zeitung

Jahrgang 217

für Anhalt und Thüringen

Nr. 241 a

Bezugspreis: monatlich 2,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungs- und Verlagsbuchhandlungen entgegen. — Höherer Generalabonnementpreis nach Vereinbarung. —	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 24 mm sowie 11 mm-Spaltenbreite 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familienanzeigen 6 Pfennig. Sonntagsblätter 5 Pfennig. Die 1. Spalte 30 mm breite 4-spaltige Spaltenbreite 60 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Einrückungsvertrag Halle-Saale.
Geschäftsstelle Halle-Saale. Leipziger Straße 61/62. Fernruf Centralo 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktions 5609 und 5610. — Postfachnummer Leipzig 30 512.	Sonntag, 12. Oktober 1924	Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 30. Fernruf Amt Kurierstr. 6280. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Die Deutsche Volkspartei droht mit Koalitionsprengung

Die Deutsche Volkspartei zieht die Konsequenzen

Berlin, 11. Oktober.

Wie die T.-L. meldet, habe die Deutsche Volkspartei dem Reichsanwalt dahin verständigt, daß sie bei einer Ablehnung ihres Vorschlages auf Einbeziehung der Deutschen Nationalen in die Regierung ihren Rücktritt aus der gegenwärtigen Regierungskoalition erklären würde.

Kein Fraktionsbeschluss der Deutschen Volkspartei

Berlin, 11. Oktober.

Zu der Mitteilung, daß die Deutsche Volkspartei für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen mit den Deutschen Nationalen, den Rücktritt ihrer Mitglieder angekündigt habe, wird der Telegraphen-Union mitgeteilt, daß am Freitag keine Fraktionsbeschlüsse der Deutschen Volkspartei stattgefunden hat, und insbesondere auch kein Beschluß in dieser Richtung gefaßt ist.

Der Klärung entgegen

Berlin, 11. Oktober.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Nachdem die parteiinterne Stellungnahme der Deutschen Nationalen Partei, die eine beschränkte Einberufung des Reichstages fordert und ein bestimmtes, endgültiges Angebot verlangt, durch die Deutschen Nationalen Partei bekannt wurde, steht die alternative Forderung der Deutschen Volkspartei an den Reichsanwalt bereits wieder eine neue Lage. Der Entschluß, den man erwarten konnte, ist von der Volkspartei gefaßt worden. Sie wird aus dem Kabinett aussteigen und damit die Regierung sprengen, wenn ihr Vorschlag der Regierungserweiterung nach rechts von den anderen Parteien abgelehnt wird. Die Entscheidung liegt also, wie eigentlich schon immer in diesen Tagen, beim Zentrum, das nun zu wählen hat zwischen der Alternative, ob es sich, verkräftet im Innern, wie es ist, in einen Volkskampf begeben will, letztlich mit dem Bewußtsein, die für Deutschland unüberwindliche Schlinge der Weisheit verknüpft zu haben, oder ob es diese Schlinge dadurch erweichen will, daß es endlich den Weg zu den Parteien zurückfindet, die ihm ihrer christlichen und nationalen Weltanschauung am nächsten stehen möchten. Der Schritt könnte wie ein Schritt gegen diesen Willen, doch noch in letzter Stunde möglich werden. Entschluß, hat aber anscheinend einen ihm gewandten Gegner in dem neuen Mitglied der Fraktion, dem Geschäftsführer

des Reichverbandes der deutschen Industrie, Reichsanwalt 2 m m s, gefaßt, der sich mit überzeugenden Gründen für die Bildung eines staatsbürgerlichen Bündes einsetzt. Es wird sich zeigen, sich den Namen dieses Mannes zu merken, denn in politischen Kreisen gilt er bereits seit längerer Zeit als der kommende Mann. Es scheint, als ob er als Mitglied der Geschäftsführung des Reichverbandes der Industrie nicht ganz unangenehm gesehen sei auf der stark angegriffenen Stellung, die die industriellen Interessenten allerorts vorzüglich den Dames-Gesellen gegenüber einnehmen. Sein hinführender Kampf gegen die Freierkieren eines Wirts, deren Geschäftsführer er im übrigen durch eine sozialer enge Verbindung zu dem ehemaligen Reichsanwalt Gans einigmaßen genau kennen dürfte, stellt ihn in die richtige Front und wird ihm noch Verdienstvolles leisten lassen. Kommt es trotz der Weisung, die man im Zentrum und im demokratischen Lager gegen die finanziellen Vorteile eines Bündnisses hat, zu einer Sprengung des Kabinetts und damit zu einer Auflösung des Reichstages, so ist doch auf jeden Fall Klärung geschaffen, da die Verhandlungen dann für die gewiß gemeinsam vorgehenden Reichsparteien unter einer Wahlparole erlaufen werden, wie sie ausgedrückt werden können. In dieser Hinsicht ändert auch nichts der Umstand, daß nachträglich eine abgemachte Erklärung über den Schritt der Deutschen Volkspartei verbreitet wird, in der es heißt, daß ein Fraktionsbeschluss nicht vorliegt. Die Tatsache, daß der Reichsanwalt hier die Ausschließlichkeit der Deutschen Volkspartei unterrichtet ist, wird also nicht widerzulegen. Wir glauben sogar annehmen zu können, daß wenn das Zentrum seine intrinsische Haltung beibehält, das Kabinett schon deshalb zur Auflösung kommt, weil eine ganze Reihe von Ministern und darunter nicht wenige, die einer anderen Regierungsbildung als der Volkspartei anhängen, es selbst nicht für ratsam halten würden, auf der schwachen Regierungsbasis die Regierungsgeschäfte weiterzuführen. Selbst Herr Marx dürfte dieser Vermutung nicht abhagen sein und auch er wird es wohl vorziehen, sich um dem Reichsanwalt freihändig entgegen zu stellen. Die Auflösungsorder geben zu lassen, ehe das Kabinett in sich selbst zusammenbricht und die Ereignisse über dessen Verfall doch manchmal allzuflüchtige Taktik hinwegföhren.

Strefemann über Jugenderziehung

Strefemann-Rede auf der Kulturtagung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 11. Oktober.

Auf der Kulturtagung der Deutschen Volkspartei ergreift heute mittig Reichsminister Dr. Strefemann das Wort zu längeren Ausführungen. Er erinnert einmals daran, daß ein Mann, der fähig ist hoch bedeuten als Persönlichkeit war, nämlich der verstorbenen Dr. Walter Rathenau, einmal den Ausspruch getan habe: Die Wirklichkeit allein ist unter Schicksal. Ich habe damals, so erklärte der Reichsminister, als dieses Wort erging, mich mit aller Energie gegen diese Formulierung gewandt. Ich halte sie selbst auf außerpolitischem Gebiete und ich halte sie auch selbst auf innenpolitischem Gebiete. Die Wirklichkeit ist noch niemals das Schicksal eines Volkes gewesen. Das Schicksal eines Volkes war immer bestimmt durch die Politik im weitesten Sinne des Wortes. Es war bestimmt durch die Einstellung des Volkes zu den großen Ideen und Idealen, und von diesem festlichen Ausmaß eines Volkes hängt es ab, ob es den Weg zum Wohlergehen findet oder nicht. Doch es dabei besitz sagen muß, die Grundlagen materieller Wohlfahrt liegen nicht in sich selbst. Man darf sich nicht so denken: Die Wirklichkeit allein ist nicht unter Schicksal. Aber kaum jemals waren die großen weltlichen Fragen so durchsetzt mit Fragen der Weltwirklichkeit wie gegenwärtig.

Niederbruch so unerträglich macht in der deutschen Geschichte, ist nicht die Niederlage auf dem Schlachtfeld. Das, worüber ich nicht hinweg komme, ist der stillste Niederbruch des Volkes nach der Niederlage gewesen. Man kann eine Niederlage zum Glück machen, wenn man den Erfolg aufweist, sie so zu tragen, wie man sie tragen muß. Statt dessen sehen wir einen moralischen Niederbruch in jener Zeit, in der das Volk hätte tauern müssen, der uns vielleicht mit mehr Gebot hat als die Niederlage. Diese Einstellung der letzten Jahre hat in dem Maße die Grundlagen des sittlichen Empfindens des einzelnen beletzt, daß man sich nicht darüber wundern kann, daß vieles ins Schwanken gekommen ist. Ich meine damit den Zusammenbruch derjenigen Grundlagen, die dem Staat das Beste geben hätten. Ich habe die Empfindung, daß, nachdem die ersten Jahre dieser Herrschaft vorübergegangen sind, wir jetzt zu einer ganz anderen Stellung im Volk kommen. Wir haben oft nach den eigenen Zeiten der Verfassung geholt, die einen erschrecken können. Und dann haben wir in dieser Not gesehen, wie der laute Ruf nach besserer Volkseinstellung in einer Weise lautete, wie sonst nie. Wir haben über die Kinderhaftigkeit des Parlamentarismus längst hinweggewandelt, wenn man nicht das Volk zurückgefallen hätte von wirklicher Teilnahme an den Staatsgeschäften. Wir leben noch heute unter den Erscheinungen der damaligen Zeit. Wir waren die sittliche Kräfte unserer Zeit, wir waren die Kräfte, die den Staat zu dem, was er heute ist, gemacht haben. Ich habe es viel richtiger, wir werden in unserer Schulbildung noch etwas davon, wie früher es gewesen ist, das Deutsche Reich zu begründen. Man sollte auch die Schüler von den schweren Kämpfen Bismarcks mit die deutsche Einheit unterrichten. Die Vermählung zwischen deutschem Liberalismus und deutschem Nationalismus hat das Deutsche Reich geschaffen. Wenn ich die durchsichtliche kulturelle Bildung des heutigen Deutschlands mit dem früheren kulturellen Leben vergleiche, dann habe ich die Empfindung, von dem Niedergang unserer Kultur, die sich darüber hinwegfühlt, daß sie im Niedergang begriffen ist.

Ich glaube, daß wir eine große Aufgabe haben nach zwei Richtungen. Die eine ist die, daß man vielleicht das große Problem der Volkssprache als materielles ansetzt, und das andere gerin角度t. Das zweite aber ist die, das Thema, das Minister Dr. Strefemann soeben erörterte: Die Jugenderziehung der Gegenwart. Ich glaube mich zwar mit ihm ganz im Einklang zu befinden, wenn er gesprochen hat von verfallenen Sitten und verfallendem Sport. Ich habe ja noch zu der Generation gehört, die an vier

Wenn ich an die Ereignisse erinnere, die seit August vorigen Jahres vor sich gingen und die bei den Wahlen zu einer früheren Niederlage unserer Partei geführt haben, so war die Politik, die wir trafen, eine Politik auf weißer Seite, und ich bin der Überzeugung, daß wir besser daran taten, einen Teil unserer eigenen Kräfte zu trennen, als Brücken zu bauen, die auf der weißen Seite des Weges standen. Ich habe heute, wie ich sagte, die Frage der Jugenderziehung an dem einen einzelnen gestellt werden können, dürfen aber nicht, ist nicht die Frage der Jugenderziehung, sondern des Staatswunsches und der Möglichkeit des einzelnen zu dem Problem. Was den kulturellen

Nachmittagen in der Woche Unterricht hatte. Aber ich mußte bevor, sonst zu gehen, daß das Geistige leidet. Ich möchte Sport und Bildung, ich möchte den Menschen, der wandert, der reist, der aber, wenn er abends zurückkommt, in stiller Stille über sich nachdenkt, die großen Gedanken der Gegenwart und der Vergangenheit in Verbindung setzt. Der Liberalismus als ständige Bewegung hat weder rechts noch links zu stehen, er hat aber für Duldung und freie Forschung einzutreten. Wenn wir nicht das Volk bleiben, das strebend sich bemüht, dann werden wir auch nicht das Volk des ständigen Fortschritts sein. Die Möglichkeit der Jugendbewegung, bemerke der Minister: Ich möchte, daß die Jugend in die Welt dieser Ideale und dieser Kämpfe einmal eingeführt wird. Die Führer der Jugend haben die Pflicht und die Schamhaftigkeit, nicht das Zeichen zu geben zu einer Willkürpolitik auf nationalem Gebiete, die dem Nationalen Schaden, und wir dürfen in einer Zeit der Willkürpolitik, in der wir allmählich erst wieder auf dem Boden der Kompromisse verstanden müssen, uns in eine gewisse Machtstellung als Großmacht wieder hineinzuwagen, nicht gütig werden durch Bewegungen, die in der Zeitgeschichte ihres Geistes immer erst den zweiten Schritt tun, ehe der erste getan ist, wie Friedrich der Große einmal von Joseph II. gesagt hat. General Eudenhoff, von dem ich so außerordentlich bedauere, daß er jetzt der Reichsanwalt geworden ist, hat gesagt, die Deutsche Volkspartei ist die Partei eines Volkes. Wenn das Interzessionsbündnis für ein besseres Deutschland sein sollen, dann haben wir allerdings viele Spezialitäten in Deutschland, nur daß dabei das Deutsche Reich in Schaden gehen würde. (Lebhafter Zustimmung.) Die Zeit ist jetzt so, daß lediglich mit fähigem Verstand Politik betrieben werden muß. Wenn wir den Grund gefaßt haben für ein besseres Deutschland, so wird dieser Schritt vielleicht weniger lähmend sein, aber er wird mehr übereinstimmen mit den Tatsachen. (Stürmischer Beifall.) Der Reichsanwalt dankte dem Außenminister für seine beiden Den Darlegungen.

Nahrs künftige Verwendung

München, 10. Oktober.
Die in der letzten Zeit immer wieder erhobene Frage der künftigen künftigen Verwendung des früheren Generalratskommissars und Regierungspräsidenten Dr. von Nahs hat jetzt ihre Entscheidung gefunden. Heute abend ist amtlich bekannt geworden, daß auf Staatsratsbescheid der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Staatsrat Ludwig von Hatzinger die Stelle des Regierungspräsidenten der Regierung übernimmt, während der bisherige Regierungspräsident von Nahs auf die Stelle des Präsidenten des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes berufen worden ist. — Der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. von Hatzinger wurde zum Präsidenten der Staatsjustizverwaltung ernannt.

Räumung Ägyptens durch die Engländer

Paris, 11. Oktober.
Joseph Palache kehrt morgen nach Ägypten zurück. Im „Matin“ berichtet Sauerwein über eine längere Unterredung mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten. Joseph Palache äußerte sich eingehend zu den unterzeichneten Verhandlungen, die er mit dem britischen Botschafter in Kairo und die bekanntlich resultieren werden. Die Aussprache ist tatsächlich wegen der Unnachgiebigkeit Ramsay MacDonalds in der Frage der militärischen Vorkehrungen am Einzelnen abgebrochen worden. Er erklärt für die Idee des Imperiums sei unzulässig, und seine britische Regierung könne auf diesen bewaffneten Schritt verzichten. Gelegentlich einer früheren Zusammenkunft habe sich MacDonald, der im allgemeinen sein Verständnis von Bündnissen ist, einem förmlichen Bündnisvertrag zwischen Großbritannien und Ägypten vorgeschlagen. Als er nun dann seine Auffassung über den Einzelnen auseinandergesetzt, mußte ich in entscheidender Form ablehnen. Meine Argumente waren dabei folgende:

1. Eine solche militärische Beziehung ist unannehmbar mit einem Bündnis. Denn es gibt kein Beispiel, daß ein Land Truppen im Bundesstaat aufrechterhält.
2. Der Suezkanal ist ein neutrale Zone entsprechend der Abmachung, die 1888 in Konstantinopel zwischen sämtlichen Großmächten, darunter auch England, getroffen wurde.
3. Wenn der Schritt Ägyptens, das die Türkei besitzt, nicht als ausreichend erachtet wird, so sind wir damit einverstanden, daß der Kanal unter dem Schutz des Völkerbundes gestellt wird. Das ist ein selbstverständlicher Schritt, wenn man bedenkt, daß der Kanal einen Weltverkehrsweg darstellt, der für sämtliche Mächte des Völkerbundes von Bedeutung ist.
4. Da der englische Ministerpräsident meinen Argumenten ablehnend gegenübersteht, erkläre ich, daß es unmöglich ist, andere Fragen anzugehen. Wir sind indessen bereit, auch auf die Frage im Sudan zu sprechen gekommen. MacDonald erklärte, daß England seine Interessen im Sudan nicht aufgeben könne. Ägypten kann diesen Standpunkt nicht gelten lassen. Der Sudan bilde einen integrierenden Bestandteil von Ägypten und Ägypten. Die Sudanese hängen zu uns und nicht zu England.
5. Im weiteren Verlauf der Unterredung erklärte Joseph Palache dem Vertreter des „Matin“, daß er mit allen Kräften versuchen werde, die Räumung Ägyptens durchzuführen. Von 200 Abgeordneten des ägyptischen Parlaments würden ihm 150 in diesem Betreff helfen. „Wir werden zum mindesten“ sagte Joseph Palache zum Schluß, „auch weiterhin diese Methode zur Erreichung unseres Ziels verfolgen.“

